

# **Empfehlungskatalog**

des Allgemeinen Unternehmerverbandes Görlitz  
und Umgebung Gewerbeverein zu Görlitz 1830 e.V.

**zum Wirtschaftsstandort Görlitz**

Görlitz, im August 2020

## Inhaltsverzeichnis

<b>An wen wenden wir uns?</b>	4
<b>Der Allgemeine Unternehmerverband Görlitz und Umgebung e.V. (AUV)</b>	4
<b>Hintergrund</b>	4
<b>Bevölkerungsentwicklung</b>	5
Situation	5
Ziel	6
Empfehlung (an Stadtpolitik und Landespolitik)	6
<b>Schnelles Internet für alle</b>	
Situation	6
Ziel	6
Empfehlung (an Stadtpolitik und Landespolitik)	7
<b>Verkehrsanbindung verbessern</b>	7
Situation	7
Empfehlung (an Stadtpolitik, Landespolitik, Bundespolitik)	7
Empfehlung (an Landespolitik und Bundespolitik)	7
<b>Energiepolitik</b>	8
Situation	8
Ziel	8
Empfehlung (an Landespolitik, Bundespolitik)	8
<b>Wirtschaftsförderung</b>	8
Situation	8
Ziel	8
Empfehlung (an Landespolitik, Bundespolitik)	9

<b>Senkung Gewerbesteuer und Grundsteuer B</b>	9
Situation	9
Ziel	9
Empfehlung (an Stadtpolitik)	9
<b>Rücknahme der Rundfunkgebühr für Unternehmen</b>	10
Situation	10
Empfehlung (an Landespolitik, Bundespolitik)	10
<b>Ansiedlungspolitik für Unternehmen</b>	10
Situation	10
Ziele	10
Empfehlungen (an Stadt- und Kreispolitik sowie an Landespolitik)	10
Empfehlungen (an die Stadtpolitik)	11
Empfehlungen (an Landespolitik, Bundespolitik)	11
<b>Hochschule Zittau/Görlitz</b>	11
Situation	11
Ziele	11
Empfehlungen (an Stadt-, Kreis- und Landespolitik)	12
<b>Belebung und Innovation Innenstadt</b> (Einzelhandel, Parken, Verkehr)	12
Situation	12
Ziele	12
Empfehlungen (an Stadtpolitik)	12
<b>Stadthalle</b>	13
Situation	13
Ziel	13
Empfehlungen (an Stadtpolitik)	13

## An wen wenden wir uns?

- > Parteien und Wählervereinigungen der Stadt Görlitz
- > Parteien und Wählervereinigungen im Kreis Görlitz und Land Sachsen
- > Oberbürgermeister der Stadt Görlitz
- > Landrat des Kreises Görlitz
- > Landtags- Bundestags- und EU-Parlament-Abgeordnete im Wahlkreis
- > Presse

## Der Allgemeine Unternehmerverband Görlitz und Umgebung e.V. (AUV)

Der AUV sieht sich klar als Interessenvertretung der Wirtschaft gegenüber der Lokal- und Landespolitik sowie als Partner und Ratgeber der Kommunalpolitik und Verwaltung. Wir begreifen uns als ein Verband, der die Entwicklung des Unternehmertums in Wirtschaft, Kultur und Bildung in der Region vorantreibt und sich im Interesse der Unternehmen für die Stärkung der Stadt Görlitz und der Oberlausitz als grenzüberschreitendes Zentrum einsetzt.

Im Unternehmerverband sind Industrieunternehmen, Unternehmen und Gewerbetreibende des Mittelstandes, des Beherbergungsgewerbes, Handwerker, Kleinunternehmer, Banken, Versicherungen, Freiberufler und Existenzgründer zusammengeschlossen. Heute repräsentieren wir als Verein über 3000 Arbeitsplätze.

## Hintergrund

Aus der Sicht der Görlitzer Wirtschaft besteht nach Aufstellen des ersten Forderungskataloges des Unternehmerverbands im Jahr 2014 weiterhin Handlungsbedarf auf der Seite der Politik. Wir stellen im Folgenden unserer Sicht auf die Dinge dar und skizzieren die wichtigsten Empfehlungen an die politisch Handelnden.

Unsere Empfehlungen gehen von der Prämisse aus, dass wirtschaftliches Wachstum der Garant für eine positive Zukunft einer Region ist. Die Diskussionen in der jüngeren Vergangenheit um die Zukunft u.a. von Bombardier und SIEMENS, sowie das Zurückfahren der Braunkohleindustrie zeigen, welchen Stellenwert Wirtschaft hat. Nur wettbewerbsfähige Standortbedingungen lassen die Wirtschaft gesunden und sorgen für Arbeitsplätze, Zuzug und Steuereinnahmen. Diese Erkenntnis muss auch Erwerbs- und Geschäftsgrundlage für die städtischen Finanzen sein. Investieren statt konsumieren.

Den Unternehmern und den gut ausgebildeten Fachleuten ist es zu verdanken, wenn die Talsohle des Niedergangs hinter uns liegt. Die – seit Beginn überschaubaren – Gewerbegebiete sind nahezu vollständig belegt. Allein in der Doppelstadt Görlitz/Zgorzelec und deren nächsten Umgebung leben 106.000 Verbraucher auf einer Fläche von rund 60 Quadratkilometern. Die über Jahrzehnte gebremste Entwicklung dieses Landstriches hatte einen ungeheuren Nachholbedarf entwickelt. Heute zeichnet sich ab, dass die sich mit hohem Tempo vollziehende wirtschaftliche Entwicklung unseres östlichen Nachbarn die Versorgungsfunktion des Standortes Görlitz auf lange Sicht zu einem wichtigen ökonomischen Faktor werden lässt.

Die weichen Faktoren (soziale und kulturelle Infrastruktur), wie Kindertagesstätten, Schulen, Kinos und Theater, Gymnasien, Krankenhäuser sind ausnahmslos vorhanden. Das Berufsschulzentrum ist vorbildlich. Die Hochschule Zittau/Görlitz führt zu kurzen Wegen zwischen den Unternehmen und der Forschung, was auch bei der Gewinnung neuer Arbeitskräfte von Vorteil ist.

Der Prozess der Ansiedlung selbst wird durch die „Europastadt Görlitz/Zgorzelec GmbH“ (EGZ) oder die Rathausspitze begleitet.

Wir brauchen einen breit aufgestellten Mittelstand, wettbewerbsfähige Standortbedingungen. Nur so kann die Wirtschaft wachsen, für Arbeitsplätze sorgen. Eine höhere Bevölkerungsdichte und attraktive Arbeitsplätze gewährleisten die Amortisation dringend benötigter Investitionen in die Infrastruktur. Sie führen zu höheren Steuereinnahmen, die wiederum den haushälterischen Spielraum einer jeden Kommune erweitern.

Deshalb empfehlen wir den Verantwortlichen, gemeinsam alles zu tun, dass in der Stadt Görlitz und im Landkreis Görlitz wieder ein Industrie- und Dienstleistungswachstum und damit Bevölkerungswachstum erreicht wird.

Die Rahmenbedingungen für Industrie- und Dienstleistungswachstum jedoch werden von der Politik vorgegeben. Das gilt umso mehr, als dass sich Görlitz den Folgen der Energiewende und dem damit verbunden Ausstieg aus der Braunkohle nicht entziehen kann. Die ganze Lausitz, (räumlich-geographisch umfasst die Lausitz heute die Landkreise Bautzen und Görlitz sowie die Landkreise Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster, die südlichen Teile der Landkreise Dahme-Spreewald und Oder-Spree sowie die kreisfreie Stadt Cottbus) und nicht nur Görlitz, ist davon betroffen. Hier leben insgesamt ca. 1,1 Mio. Einwohner, eine Region größer als die Bundesländer Saarland oder Bremen.

Die Lausitzer Wirtschaft ist vor allem von Klein- und Kleinstunternehmen geprägt, 90 % mit weniger als 10 Beschäftigten. Unsere Region hat nach 1989 einen gravierenden Strukturwandel mit einer dramatischen Deindustrialisierung erlebt und sich den strukturellen Herausforderungen gestellt, und kann heute auf eine gute, wenn auch zu geringe, industrielle Basis aufbauen.

Es gibt ein stabiles, leistungsfähiges Handwerk und produktionsnahe Dienstleister. Aber: Es gibt nur wenige strukturbestimmende Industrie- und innovative Dienstleistungsunternehmen.

Aus diesem Grunde ist es wichtig, dass die politisch Agierenden Rahmenbedingungen schaffen, die Wettbewerb und Chancengleichheit ermöglichen. Der Landkreis und die Stadt Görlitz stehen hier im Wettbewerb zu anderen Regionen und werden nur dann erfolgreich sein, wenn sie für die Ansiedlung von Unternehmen attraktiver sind als andere Standorte.

## **Bevölkerungsentwicklung**

### **Situation**

Seit geraumer Zeit müssen wir feststellen, dass auf Grund von Abwanderung und demografischer Entwicklung, Fachkräfte in den Betrieben fehlen und in vielen kleinen Unternehmen die Nachfolge nicht geregelt ist bzw. nicht geregelt werden kann. Schon heute scheiden mehr Berufstätige aus dem Erwerbsleben aus, als Berufseinsteiger zur Verfügung stehen.

## Ziel

Es ist alles zu tun, um junge Familien, Auszubildende, Studenten und Fachkräfte aus dem In- und Ausland für die Region zu gewinnen und einen besonderen Schwerpunkt auf die Integration und Bindung von Fachkräften zu legen. Unternehmen allein schaffen das nicht.

## Empfehlung (an Stadtpolitik und Landespolitik)

- > individuellen Wohnungsbau erleichtern, Bau von zentrumsnahen Einfamilienhäusern ermöglichen, Bauland schaffen
- > intelligenten Stadtumbau vorantreiben, Eigentumswohnungsbau in Gründerzeithäusern und Quartieren fördern, wie bereits von uns seit 2014 gefordert
- > Ausbau der Radwege in der Stadt Görlitz
- > Görlitz als Bildungsstandort stärken
- > Absicherung der schulischen Bildung, weniger Ausfallzeiten an den Schulen
- > Hochschule muss ihrer Rolle als Motor der Oberlausitz gerecht werden, offensives Werben um Studenten aus Europa, intensive Kooperation mit der regionalen Wirtschaft über alle Fachbereiche hinweg
- > Stärkung der dualen Ausbildung, Auszubildende aus anderen Regionen gewinnen
- > Abgestimmtes Standort- und Regionalmarketing, Werbung für eine offene Europastadt, Weiterentwicklung einer Willkommenskultur für Gäste und Neubürger
- > Umsetzung des Europastadtgedankens in Görlitz/Zgorzelec als Alleinstellungsmerkmal und eine starke europäische Vernetzung, grenzüberschreitende Synergien erreichen, Wahrnehmung als eine Stadt mit über 90.000 Einwohnern.

## Schnelles Internet für alle

### Situation

Auch wenn es den Eindruck macht, dass das Thema "schnelles Internet" gar kein Thema mehr sei, stellt sich die Situation an vielen Standorten von Unternehmen, Gewerbetreibenden und privaten Haushalten anders dar. Hier verweisen wir auch auf die Studie "2. Analyse der Mobilfunksituation im Landkreis Görlitz" mit dem Abschlussbericht von 2018. Ganze Bereiche im Stadtgebiet sind von einer schnellen Internetanbindung weit entfernt. Wer sich davon überzeugen möchte, findet auf der Internetseite <https://www.feldkarte.de> Gelegenheit, sich davon ein Bild zu machen.

### Ziel

Unsere Stadt und Region dürfen sich nicht mit diesem Zustand abfinden. In der Görlitzer Innenstadt und den Gewerbegebieten ist für die Belebung von Gewerbe und Handel der Ausbau eine dringende und unabdingbare Voraussetzung.

## **Empfehlung (an Stadtpolitik, Landespolitik, Bundespolitik)**

- > Der lange von der Bundesregierung zugesagte flächendeckende Ausbau für schnelle Internetanschlüsse mit mindestens 50 Mbit/s muss umgesetzt werden. Es sollte mehr Druck auf die Netzbetreiber aufgebaut werden.
- > Die Kommunen müssen sich klar zur Behebung der Defizite positionieren und bei konkurrierenden Bürgeransichten und der Konkurrenz der Anbieter vermitteln.

## **Verkehrsanbindung verbessern**

### **Situation**

Die Anbindung an Dresden per Bahn ist nicht ausreichend, die Fahrtzeiten sind zu lang (zwischen 1 Stunde 18 Minuten und 1 Stunde 37 Minuten), teilweise mit Umsteigen in Bischofswerda und das mitten in Sachsen!). Ebenso der Umsteigezwang in Cottbus in Richtung Berlin. Prag wird nur über Dresden erreicht. Die Anbindung nach Breslau ist äußerst zeitaufwendig. Hier wird nicht bedacht, dass nicht nur die Görlitzer die Großzentren schneller erreichen wollen. Vielmehr stellt für Unternehmer und Touristen die Erreichbarkeit des Zielortes eine erstrangige Entscheidungsgrundlage dar.

### **Ziel**

Eine perfekte Verkehrsinfrastruktur ist für die Entwicklung der Wirtschaft und des Tourismus von großer Bedeutung. Für Görlitz ist die Anbindung an Dresden, Berlin, Breslau und Prag zu verbessern.

## **Empfehlung (an Stadtpolitik, Landespolitik, Bundespolitik)**

- > Eine bessere Bahnanbindung bzw. die Elektrifizierung der Strecke Dresden-Görlitz mit einer Fahrzeit von maximal einer Stunde. Der Ausbau der Anbindung Görlitz-Berlin und Berlin-Breslau mit einer schnellen Direktverbindung sind notwendig. Die Entscheidungen hierzu sind nachhaltig zu unterstützen.

## **(an Landespolitik und Bundespolitik)**

- > Zügiger Ausbau der A4 als sechsspurige Autobahn in Richtung Görlitz
- > Ausbau der schnellen Anbindung der B 178n von der A 4 über Zittau Richtung Liberec/Prag
- > Anbindung Gewerbegebiet Hagenwerder und Tourismusziel Berzdorfer See durch Ortsumfahrung Süd-West (Kunnerwitz)
- > Schaffung bzw. Einbindung des Görlitzer ÖPNV-Konzeptes in ein regionales Nahverkehrskonzept unter Einbindung ZVON und Partnerstadt Zgorzelec
- > Neubau Straßenbrücke Görlitz-Nord/Zgorzelec zur Optimierung des überregionalen und innerstädtischen Verkehrs
- > Einbindung Grenzübergang Hagenwerder als LKW-Zugang zu Gewerbegebiet Hagenwerder

## Energiepolitik

### Situation

In Deutschland zählen die Energiekosten zu den höchsten in Europa. Grund hierfür ist eine Energiepolitik mit extremen Steuern und Gebühren. Das stellt regionale Unternehmen, insbesondere aus dem produzierenden Bereich, vor große Probleme im europäischen und globalen Wettbewerb.

### Ziel

Das Ziel ist die Herabsetzung der Energiekosten durch intelligentere Besteuerung und der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in der Region.

### Empfehlung (an Landespolitik, Bundespolitik)

> Die Energiepolitik in Deutschland ist zu überdenken und insgesamt neu zu definieren. Für alle Unternehmen ist eine umgehende Entlastung von Steuern (z.B. Senkung der EEG-Umlage) herbeizuführen.

> Als eine mögliche Lösung kann sich der Unternehmerverband eine lokale Energieerzeugung mit einem Sondertarif für Görlitzer Unternehmen vorstellen. Eigene Stromproduktion darf nicht mehr mit der EEG-Umlage belastet werden.

## Wirtschaftsförderung

### Situation

Die Wirtschaftsentwicklung in der Region kann einen leicht positiven Trend vorweisen, der aber im Verhältnis zur gesamtdeutschen Entwicklung hinterherhinkt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist leicht gestiegen, die Steuereinnahmen des Bundes- und der Kommunen dagegen deutlich. Stadt und Landkreis Görlitz liegen weiterhin auf einem letzten Platz in der Wirtschaftsstatistik.

Der Fokus der städtischen Wirtschaftsförderung [Europastadt GörlitzZgorzelec GmbH (EGZ)] liegt auf der Betreuung und Unterstützung der Weiterentwicklung der Unternehmen vor Ort sowie der Ansiedlung von neuen Unternehmen am Standort.

Zunehmend werden in der EGZ auch die Begleitung von städtischen Zukunftsprojekten, wie die „Klimaneutrale Stadt 2030“, die „Smart City Görlitz“, strategische Projekte zur Verbesserung aktueller Rahmenbedingungen sowie die aktive Mitwirkung beim Thema Strukturwandel vorbereitet und umgesetzt. Zahlreiche Projekte (CASUS, Gewerbegebiet Schlauroth, etc.) werden gemeinsam mit dem Oberbürgermeister und der Verwaltung vorangetrieben.

### Ziele

Stärkung bestehender und Ansiedlung neuer Unternehmen sowie die Stärkung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Görlitz.



## **Empfehlungen (an Stadtpolitik und Kreispolitik)**

> Intensivierung der Zusammenarbeit in der Region bei Tourismus, Stadtortmarketing und Ansiedlungsflächen

Entwicklung des Berzdorfer See mit den Schwerpunkten:

> Errichtung eines Zweckverbandes, zur Schaffung klarer Entscheidungsverhältnisse und Entwicklungsziele, um die Schwerpunkte der wirtschaftlichen See-Entwicklung zu definieren und zielstrebig zu verfolgen

> Verstärkte Ausrichtung des Sees auf Mehrtages-Touristen

> Es bedarf einer Stärkung der Aufgabenbereiche der EGZ GmbH und einer Schärfung der Vorgaben an das Stadtentwicklungsamt sowie einer strikteren Verlinkung zwischen OB-Büro und den vorgenannten Akteuren.

> Als Scharnier sollte eine Stabsstelle im OB-Büro „Wirtschaftsreferent/- in“ geschaffen werden, die mit umfangreichen Verhandlungsvollmachten durch den OB ausgestattet wird.

> Außerdem empfehlen wir die Wiedereinführung eines Finanzbürgermeisters.

## **Senkung Gewerbesteuer und Grundsteuer B**

### **Situation**

Die Gewerbesteuer ist eine variable konjunkturabhängige Einnahme für die Kommunen. Erfreulicherweise hat die Stadt Görlitz beschlossen, den Hebesatz von 450 Prozentpunkten, einem der höchsten Hebesätze in Deutschland, auf 420 Prozentpunkte zu senken. Die weitere Senkung auf 390 Prozentpunkte bleibt erklärtes kurzfristiges Ziel des amtierenden Oberbürgermeisters. Damit werden den Unternehmen weitere Investitionsmöglichkeiten gegeben. Für den Unternehmerverband ein Zeichen, dass Wirtschaft in Görlitz willkommen ist.

Mit 500 Punkten schlägt die Grundsteuer B zu. Mit dieser überhöhten Grundsteuer werden hauptsächlich Mieter, Träger von Bedarfsgemeinschaften sowie Unternehmen bezüglich ihrer Betriebsimmobilien (Produktionshallen, Firmensitze, Lager etc.) belastet.

### **Ziel**

Erreichen von Wachstumsimpulsen und Entlastung hiesiger Unternehmen

### **Empfehlung (an Stadtpolitik)**

> Beibehaltung der jährlichen Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 390 Punkte (Landesdurchschnitt).

> Senkung des Hebesatzes Grundsteuer B von 500 auf 420 Punkte (Landesdurchschnitt).

## Rücknahme der Rundfunkgebühr für Unternehmen

### Situation

Seit 01.01.2013 Mehrbelastung von Unternehmen in Höhe von schätzungsweise 287 Mio Euro in Deutschland ohne Grund.

Die Rundfunkgebühren treffen kleine und mittlere Unternehmen überproportional hart. Beispielsweise zahlt ein Mittelständler mit 3 Betriebstätten und 250 Mitarbeitern monatlich 262,50 € an Gebühren (= 1,05 € / MA). Dagegen zahlt ein Konzern mit 3 Betriebsstätten und 25.000 Mitarbeitern nur 4.200,-€ (0,17 € / MA). Der Mittelständler zahlt also das 6,2 - fache oder anders ausgedrückt 620 % mehr als ein Großunternehmen.

### Ziel

Reduzierung der Belastung kleiner und mittlerer Unternehmen durch die GEZ

### Empfehlung (an Landespolitik, Bundespolitik)

> Unverzügliche Herabsetzung der „GEZ-Steuer“ auf die Grundlage vor Inkrafttreten des 15. Rundfunkbeitragsstaatsvertrages für Unternehmen, jedenfalls Entlastung der klein- und mittelständischen Unternehmen.

## Ansiedlungspolitik für Unternehmen

### Situation

Die wenigen Gewerbegebiete in der Stadt oder auf kommunalen Flächen sind annähernd ausgelastet. Der Stadt Görlitz selbst stehen leider kaum noch Flächen zur Entwicklung von Gewerbegebieten zur Verfügung.

### Ziele

Die begonnene Überarbeitung des vorhandenen alten Flächennutzungsplans aus den 90-ern Jahren sollten zeitnah beendet werden, um vorhandene innerstädtische Flächen optimal zu nutzen (siehe nachfolgend auch „Belebung und Innovation Innenstadt“). Außerdem muss es Ziel sein, dass die Stadt Ansiedlungsflächen erwirbt und ausweist (siehe auch „Flächenpooling“). Und: Die Stadt Görlitz sollte mit den umliegenden Gemeinden Gespräche führen, damit in Form von Zweckverbänden Industrie-Ansiedlungsflächen entwickelt werden können.

### Empfehlungen (an Stadt- und Kreispolitik sowie an Landespolitik)

> Stadt- und Landkreisverwaltung müssen sich unter Einbeziehung der Landtagsabgeordneten dafür einsetzen, die Entwicklung eines Zweckverbandes zur Industrieansiedlung voranzutreiben. Im Wege des sächsischen Landesfinanzausgleiches müssen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden.

> Einhergehend mit der Einführung eines qualifizierten Liegenschaftsmanagements in der Stadtverwaltung, muss eine proaktive Umfrage unter Görlitzer Unternehmen stattfinden, um den Bedarf für

geplante Flächen-/Gebäude-Erweiterungen bestehender Unternehmen zu analysieren. Ebenso ist eine zukunftsorientierte Bedarfsanalyse für neu zu gewinnende Unternehmensansiedlungen zu erstellen.

> Naheliegender wäre hier der Erwerb der Flächen entlang der Autobahn A4 (Kodersdorf-GR) durch einen Zweckverband.

> Beschleunigung der Abstimmung mit der Stadt Ostritz, Planung und Flächenerwerb neues Gewerbegebiet Hagenwerder – Leuba

### **Empfehlungen (an die Stadtpolitik)**

> Errichtung einer städtischen Grundstücksgesellschaft zum Erwerb und Verwaltung strategisch wichtiger Grundstücke für Investoren (etablierte oder für Start-Ups) oder städtebauliche Prioritäten (kommunales Flächenpooling)

### **Empfehlungen (an Landespolitik, Bundespolitik)**

> Begleitung der Bemühungen der regionalen Akteure zur Ansiedlung von Industrieunternehmen durch Maßnahmen des Bundes

> Herstellung der Chancengleichheit zur Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Region mit Standorten östlich der Neiße. Auf eine Änderung der EU-Beihilfe-Richtlinien muss hingewirkt werden.

## **Hochschule Zittau/Görlitz**

### **Situation**

Die Hochschule Zittau/Görlitz ist ein wichtiger Baustein für die Entwicklung und Gewinnung von jungen Fachkräften und die Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen.

Über 40 Studiengänge in sechs Fakultäten bieten jungen Menschen hervorragende Voraussetzungen, um in Wirtschafts-, Sozial-, Natur- und Umweltwissenschaften als auch im Maschinenwesen, Elektrotechnik und Informatik und Management und Kulturwissenschaften ihre berufliche Karriere zu starten. Forschung in unterschiedlichsten Gebieten wird betrieben. Das an die TU Dresden angeschlossene Internationale Hochschulinstitut Zittau (IHI) kooperiert mit Liberec und Wrocław.

Zu über 100 Hochschulen in über 40 Ländern bestehen Hochschulpartnerschaften. Vielfältige Kooperationsbeziehungen zu Unternehmen, Forschungsinstituten und Einrichtungen der öffentlichen Hand im In- und Ausland sind Grundlage für gemeinsame initiierte und realisierte Projekte.

Der Kampf um Studierende besteht deutschlandweit. Die Studierendenzahlen an der HSZG, in der Spitze bei ca. 4000, sinken jährlich und liegen aktuell knapp unter 3000.

### **Ziele**

Die Stärkung des Hochschulstandortes und Entwicklung neuer Studiengänge mit dem Ziel, zukünftige Fachkräfte für die Region zu gewinnen und zu halten soll erklärtes Ziel bleiben. Dadurch ist eine bessere Verzahnung zwischen Hochschule/ Wissenschaft und Wirtschaft/Industrie möglich.

## **Empfehlungen (an Stadt-, Kreis- und Landespolitik)**

> Aufwertung des Hochschulstandortes Zittau/Görlitz durch die Entwicklung der Hochschule zu einem Universitätsstandort

> größere Anstrengungen von Seiten der Hochschule und Politik zur Erhöhung der Studierendenzahlen als auch der Attraktivität und Standortangebote.

## **Belebung und Innovation Innenstadt**

(Einzelhandel, Parken, Verkehr)

### **Situation**

Eine attraktive Innenstadt, auch als „Einkaufserlebnis“, ist ein wichtiger Mosaikstein, um als Stadt eine touristische Außenwirkung und Anziehungskraft zu erzielen. Der Marktplatz auf der Elisabethstraße ist nur in der Sommer-Saison attraktiv. Nur so ist es möglich, überregionale Einzelhändler zu gewinnen, die als „Ankerhändler“ Kundschaft auch für die wenigen verbliebenen alteingesessenen Einzelhändler anziehen und in die Einzelhandelsbereiche zu lenken. Mit der Gestaltung des Postplatzes ist ein erster wichtiger Schritt getan.

Der Denkmalschutz spielt für Görlitz eine wichtige Rolle, sowohl bei der Bewahrung des Stadtbildes, als auch immer stärker bei der Beförderung bzw. Verhinderung vielversprechender Sanierungsvorhaben. Denn es gibt weiterhin zahlreiche unsanierte, teilweise baufällige Häuser in der Innenstadt. Deren Sanierung durch Eigennutzer oder Inverstoren wird immer wieder durch die restriktive, eng ausgelegte Vorgehensweise des Görlitzer und Dresdener Denkmalschutzes blockiert.

### **Ziele**

Wir sind der Meinung, dass in den Bereichen Berliner Straße, Jakobstraße, Demianiplatz, Marienplatz, Elisabethstraße bis hin zur Steinstraße einschließlich „Stöcker-Kaufhaus“ seitens der Stadt ein Gestaltungs- und Planungswille in Form eines Bebauungsplanes geäußert werden muss. Die Chance, den entstehenden Leuchtturm „Kaufhaus“ über ein komplexes modernes (z.B. Street-Food) Innenstadtmarketing bzw. Einzelhandelskonzept zu stärken, sollte bestmöglich unterstützt werden.

## **Empfehlungen (an Stadtpolitik)**

> Wir empfehlen ein zukunftsweisendes innerstädtisches Entwicklungs- und Einzelhandelskonzept, um den sich entwickelnden Anziehungspunkt Stöcker-Kaufhaus, untersetzt durch einen Bebauungsplan, zu stärken.

> Dazu schlagen wir zum Beispiel vor, über eine Teilüberdachung der Jakobstraße vom Postplatz bis Wilhelmsplatz nachzudenken.

> Außerdem schlagen wir die Schaffung einer Markthalle im oberen westlichen Bereich der Elisabethstraße vor, um mit einer Schlechtwettervariante stetige Einkaufsmöglichkeiten zu schaffen. Bestehende Händler können gebunden und neue Händler gewonnen werden. Es entsteht ein „Ganzjahresmarkt“, der in renommierten Städten große Beliebtheit erfährt.

> Begrüßt werden ebenso die Überlegungen zu einer Tiefgarage Wilhelmsplatz und eines Parkhauses im Bereich Brunnen-/Teichstraße.

> Dies muss im Rahmen eines Bebauungsplanes vorgezeichnet werden. Für die Markthalle und Parkhäuser müssen im Wege der Ausschreibung private Investoren gewonnen werden.

> Bei der Tiefgarage Wilhelmsplatz und den Parkhäusern Brunnen-/Teichstraße müssen die umweltschonenden Gesichtspunkte der neuen Mobilität hinreichend Berücksichtigung finden (Ladesäulenkonzept). Mindestens 50 % der Stellplätze sind ab 19.00 Uhr für Anwohner gegen angemessenes Entgelt nutzbar, um einem Verdrängungsprozess entgegen zu wirken.

> Denkmalschutzvorgaben sollten jeweils auf die Art des Projektes, die Perspektive und das Nutzungskonzept auf Notwendigkeit geprüft und nicht zwangsweise automatisch auf das Engste ausgelegt werden. Es sollte ein Ansiedlungs- und Mieterkonzept (Junge Familien, Änderungsmöglichkeiten der Innenkubaturen für Gewerbe) entwickelt werden und dem Amt für Denkmalschutz mehr Auslegungsspielraum bei einzelnen Entscheidungen empfohlen werden.

> Vereinfachtes Parken für Gewerbetreibende im Innenstadtdgebiet muss möglich sein (analog „Bewohnerparken“ – für Inhaber und Geschäftsführer in der Zeit von beispielsweise 8 bis 17 Uhr).

## Stadthalle

### Situation

Seit 2004 ist die Stadthalle ungenutzt, ein Sanierungsfall. Mit bewilligten Mitteln des Bundes, des Freistaates Sachsen und der Stadt Görlitz wird die Stadthalle wieder einer Nutzung zugeführt. Es fehlt jedoch an einem ausgereiften Betreiberkonzept, welches unter Berücksichtigung der Wettbewerbssituation (vorhandene Kultureinrichtungen in Polen sowie Landkreis Görlitz) betriebswirtschaftlich vertretbar die Unterhaltung der Stadthalle unterlegt.

### Ziel

Sanierung und Modernisierung der Stadthalle. Die Inbetriebnahme der Stadthalle muss an ein Betreiberkonzept gekoppelt sein.

### Empfehlungen (an Stadtpolitik)

- > Erarbeitung eines belastbaren Betreiberkonzeptes und Etablierung eines Betreibers, der dies umsetzt
- > Der jährliche Zuschuss sollte auf mehrere Schultern verteilt werden (Stadt, Kreis, Land, östliche Nachbarn).

Görlitz, im August 2020



.....  
Vorstand des AUV Görlitz